

Chemnitz, 13.06.18

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank zunächst für die gemeinsame Stellungnahme der Chemnitzer Haus- und Grundbesitzervereine und Ihre engagierte Teilnahme in der AG Straßenreinigung.

Auch unsere Fraktion hatte die in Ihrem Schreiben erwähnte Anregung des Ortschaftsrates Einsiedel mit Interesse wahrgenommen und Anfang des Jahres selbst eine entsprechende Ratsanfrage (RA-053/2018) an die Stadtverwaltung gestellt, inwiefern es möglich ist und von anderen vergleichbaren Städten evtl. schon praktiziert wird, die Straßenreinigungsgebühren aus dem kommunalen Haushalt zu finanzieren und welche Mehrkosten dabei entstehen würden.

*"Die vollumfängliche Finanzierung der Kosten der kommunalen Straßenreinigung aus dem kommunalen Haushalt käme praktisch einer Finanzierung aus Steuereinnahmen gleich",* hat man uns geantwortet und *"dass eine grundsteuerfinanzierte Straßenreinigung zwar nicht gänzlich auszuschließen ist, aber erheblichen rechtlichen Vorbehalten begegnet. Hier ist insbesondere auf den gesetzlichen Vorrang spezieller, nutzerspezifischer Einnahmen vor dem Einsatz allgemeiner Steuermittel (§ 73 SächsGemO - Einnahmebeschaffungsgrundsätze) hinzuweisen."* Dass jedoch eben nicht nur die unmittelbaren Anlieger von sauberen Straßen und Gehwegen allein profitieren, sondern jeder Verkehrsteilnehmer und letztlich auch das gesamte Erscheinungsbild der Stadt, führen Sie ja selbst bereits aus, ebenso dass sich insbesondere der Güterverkehr immer mehr von der Schiene auf die Straße zu verlagern scheint und einen nicht unerheblichen Teil zur "Verunreinigung und Zerstörung" beiträgt.

*"Die für 2018 kalkulierten Gesamtkosten der Straßenreinigung betragen 5.160 T€",* führt die Stadtverwaltung weiter aus. *"Durch den städtischen Haushalt müssen bereits Kosten in Höhe von 1.290 T€ als allgemeiner öffentlicher Anteil getragen werden. Die Höhe der Gebühren für städtische Grundstücke beträgt 425 T€. Im Ergebnis bleiben 3.445 T€, welche an die Eigentümern der von satzungsmäßig gereinigten Straßen erschlossenen Grundstücke veranlagt werden, die bei Begleichung durch die Stadt zu Mehrkosten führen. Zur Deckung dieser Mehrkosten müssten entweder Mehrerträge oder Minderaufwendungen an anderer Stelle zur Verfügung stehen."* Von diesen 3,5 Millionen Euro wären dann jedoch noch der Verwaltungsaufwand und die Personalkosten abzuziehen und also der gesamte bürokratische Aufwand aller Beteiligten einzusparen. Wir stehen der Idee offen und positiv gegenüber, neue Wege zu gehen und Chemnitz zu einer entsprechenden Modellstadt zu machen und möchten dieses Schreiben gern mit Ihren eigenen Worten beenden:

"Gerade in Bezug auf zukunftsweisende, haushaltspolitische Strategien vermissen wir eine ähnlich visionäre Sicht, wie sie beispielsweise für die Bewerbung unserer Stadt als Europas Kulturhauptstadt an den Tag gelegt wird."

Freundliche Grüße,

Falk Müller

stillv. Vorsitzender der AfD-Fraktion im Stadtrat Chemnitz